

Danziger Zeitung

№ 10320.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettlerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeile ober deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 1. Mai. Der gestern eröffnete österreichische allgemeine Katholikentag wählte den Grafen Egbert Belcredi zum Präsidenten. Belcredi bezeichnet als den Zweck des Katholikentags die Berathung der in dieser ersten Zeit das katholische Leben angehenden Fragen und die Stellungnahme dazu.

London, 30. April, Abends. Ein zweites Blatt der amtlichen „Gazette“ veröffentlicht eine Proclamation der Königin, datirt aus Windsor vom heutigen Tage, welche die stricte unparteiische Neutralität Englands im russisch-türkischen Kriege verkündet und allen Unterthanen anbefiehlt, dieselbe zu respectiren.

Riga, 1. Mai. Gestern Abend sind die ersten 17 Dampfer in Reval angekommen. Die Schiffsahrt ist eröffnet. Fünfzig Dampfer für Riga sind im Hafen von Windau eingelaufen.

Erzerum, 1. Mai. Vor Kars, wohin die Russen vorgerückt sind und wo sie große Abtheilungen concentrirten, finden seit gestern Gefechte statt. Näheres fehlt. Achmed Moukhtar Pascha, der Oberbefehlshaber der anatolischen Operationsarmee, befindet sich in Kars. Die Russen führen Belagerungstrain mit.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Rom, 30. April. Der „Diritto“ bezeichnet die der „Times“ von ihrem Correspondenten in Ragusa zugegangene Nachricht von einer eventuellen Occupation Albaniens durch Italien, auf des Bestimmteste als unrichtig. Das genannte Journal fügt hinzu, die Concentrirung des italienischen Evolutionsgeschwaders in den südlichen Häfen bezwecke nur, den Instructionsdienst der Schiffmannschaften fortzusetzen und eventuell einige Schiffe nach den Punkten zu entsenden, an denen das Erscheinen der italienischen Flagge im Interesse der italienischen Staatsangehörigen erforderlich sein könnte.

London, 30. April. Nach einem bei „Lloyds“ eingegangenen Telegramme aus Galatz von gestern haben alle neutralen Schiffe Galatz und Braila verlassen.

Washington, 30. April. Der von dem Departement für Landwirtschaft pro April erlassene Bericht über den gegenwärtigen Ertragszustand der Körnerernte als ungenügend. Die diesjährige Ernte in Californien werde gleichfalls unter dem mittleren Durchschnitt bleiben. Um die Nachfrage des Auslandes ausfüllen zu können, müsse die für den Bau von Frühjahrsgetreide bestimmte Fläche erheblich vergrößert werden.

St. O. Zur Wohlhabenhait- und Steuer-Statistik preussischer Städte.

Von der Redaction der „deutschen Gemeindezeitung“ sind kürzlich für 240 deutsche und österreichische Städte über deren Wohlhabenhait und Steuerverhältnisse eingehende statistische Tabellen veröffentlicht worden. Sie gewahren bezüglich der wahren Wohlhabenhait und der Anzahl der wirklichen Steuerzahler (für den Staat und die Gemeinde), über den Gesamtbetrag des eingeschätzten steuerpflichtigen Einkommens derselben, den Gesamtbetrag der für den Staat und die Gemeinden erhobenen Steuern, mit näherer Unterzeichnung der letzteren, sowie über den Betrag des durchschnittlichen Einkommens der Steuerpflichtigen und der durchschnittlichen Gesamtsteuer auf den Kopf der Bevölkerung. Gleichzeitig ist der Gesamtbetrag des Einkommens der einzelnen Städte aus dem Gemeindevermögen und zwar aus Grundbesitz, Gebäuden, Capitalien, gewerblichen Unternehmungen und festen Renten, mit Abzug der auf die Schuldentilgung und Verzinsung entfallenden Beträge nachgewiesen, auch das durchschnittliche Einkommen aus dem Gemeindevermögen auf den Kopf der Bevölkerung unter Annahme der im Jahre 1875 ermittelten Einwohnerzahl berechnet.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, einzelne Angaben von den in Betracht gezogenen preussischen Städten hier hervorzuheben. Vergleicht man zunächst den Gesamtbetrag der für den Staat erhobenen Steuern mit dem für die Gemeinden zur Hebung gelangten, so gingen ein:

	an Staats- Steuern	an Gemein- de- Steuern
in Berlin	14 981 329	21 163 645
„ Breslau	3 013 212	3 457 438
„ Köln	2 288 754	2 886 860
„ Königsberg	983 339	1 188 000
„ Hannover	1 036 135	718 757
„ Danzig	688 247	1 157 943
„ Magdeburg	1 146 139	780 050.

Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die durchschnittliche Gesamtsteuer 37,38 M. in Berlin, 27,06 M. in Breslau, 38,77 M. in Köln, 18,09 M. in Königsberg, 16,45 M. in Hannover, 19,24 M. in Danzig (davon 62 Pf. Provinzialsteuer) und 21,91 M. in Magdeburg. Hiervon entfallen:

	auf Staats- Steuern	auf Ge- meinde- Steuern
in Berlin	15,49	21,89
„ Breslau	12,60	14,46
„ Köln	17,13	21,65
„ Königsberg	8,19	9,90
„ Hannover	9,71	6,74
„ Danzig	6,94	11,68
„ Magdeburg	13,03	8,87

Zu den Gemeindesteuern treten bei den vorstehenden Städten (mit Ausnahme von Köln und Königsberg) nicht unerhebliche Einnahmen aus dem Gemeindevermögen, aus Grundbesitz, Gebäuden, Capitalien, gewerblichen Unternehmungen und festen Renten. Der Gesamtbetrag derselben betrug nach Abzug der auf Schuldentilgung und Verzinsung verwandten Ausgaben

	M.		M.
in Berlin	856 654	in Danzig	100 763
in Breslau	1 663 000	in Magdeburg	683 416
in Hannover	66 521		

Berechnet man diese Einnahmen auf den Kopf der Bevölkerung, so ergeben sich für die vorgenannten Städte nur geringe Beträge. Es fällt vielmehr das durchschnittlich höchste Einkommen aus dem Gemeindevermögen auf die Städte:

	M.		M.
Königsberg	mit 36,17	Paschkau	mit 15,00
Lübeck	„ 22,56	Berungen	„ 14,81
Küstrin	„ 21,00	Bunzlau	„ 14,12
Trenntrien	„ 18,11	Comitz	„ 14,10
Müllrose	„ 16,94	Uelsen	„ 13,93
Leobischütz	„ 16,45	Seehausen i. A.	„ 13,42
Fürstentum	„ 16,20	Örtlich	„ 12,30
Trachenberg	„ 16,17		

Reichstag.

33. Sitzung am 30. April 1877.

Der Präsident v. Forckenbeck theilt mit, daß der Abg. Dunder (Berlin) sein Mandat niedergelegt hat. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Unterzeichnung von Seemanns-Acten. Ein von Mitgliedern aller Parteien des Hauses unterschriebener Antrag auf Einholung der Zustimmung des Reichstages wird durch den Widerspruch des Abg. Weseler hinfällig. Die §§ 1-18 des Entwurfs werden unverändert angenommen.

§ 19 lautet: „Soweit dieses Gesetz nicht abweichende Bestimmungen enthält, finden auf das Verfahren die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes Tit. 15 und 16 und der Strafproceßordnung Buch 1, Abschnitt 3, 6 und 7 entsprechende Anwendung. Die Festsetzung und Vollziehung von Strafen gegen Zeugen und Sachverständige, sowie die Vorführung eines nicht erschienenen Zeugen erfolgen auf Ersuchen durch das zuständige Gericht. Anordnung der Haft zur Erzwingung eines Zeugnißes findet nicht statt.“ — Abg. Weseler: Ich habe mich genöthigt, gegen die Einholung der Zustimmung zu erheben, weil der § 19 meinen rechtlichen Anschauungen widerspricht. Einmal übersteigt er den Rahmen eines Specialgesetzes, indem er eine unbedingte Uebertragung der Funktionen der ordentlichen Gerichte auf jene Specialgerichte stattdessen läßt; dann halte ich denselben für eine legislative Anomalie, weil die Strafproceßordnung, auf welche sich das Gesetz ausdrücklich bezieht, erst am 1. October 1879 in Kraft tritt, während das Seemannsgesetz schon am 1. Januar 1878 Gültigkeit erlangen soll, endlich wird mit jenem Paragraphen, während gerade das ordentliche Verfahren übertragen werden sollte, eine sehr große Ausnahme gemacht, indem für die Zeugnisverweigerung nur eine Geldstrafe festgesetzt ist. Geh. Rath v. Müller bittet den § 19 abzulehnen. Was die Zeugnisverweigerung anbelangt, so sei eine Zwangsvernehmung vor dem Seemannsgericht beabsichtigt. Auch sei zu befürchten, daß eine Hinweisung auf die Strafproceßordnung in den betreffenden Kreisen Anstoß erregen werde. — Abg. Becker (Dresden): Gerade in der Zeit habe es sich gezeigt, wie wünschenswert auf dem Gebiete der Zeugenvernehmung feste Vorschriften seien, die jede Willkür ausschließen. Unzweifelhaft würde es sein, in Angelegenheiten des Seemannsgerichts die Zeugnisvernehmung der Zeugen und Sachverständigen zu requiriren und erst beim Ungehorsam gegen das Gericht die Strafe einzutreten zu lassen, wenn aber der Vorgeladene dem Gericht Folge leiste, das Seemannsgericht, sich mit der Verlesung des Protokolls über die Aussage als Ersatz für die persönliche Vernehmung zu begnügen. Eine Haft zur Erzwingung des Zeugnißes sei bei den in Rede stehenden Untersuchungen nicht angemessen, namentlich auch deshalb nicht, weil diese Zwangshaft nach § 69 der Strafproceßordnung niemals länger dauern darf als bis zur Beendigung des Verfahrens in der Instanz, die hier in der Regel in demselben Termine, zu dem der Zeuge geladen ist, eintreten werde. — § 19 wird hierauf unverändert angenommen. Ebenso demnach die übrigen Paragraphen und in definitiver Abstimmung gegen die Stimme des Abg. Weseler das ganze Gesetz.

Es folgt die dritte Beratung des von dem Abg. Becker, Lasker u. Gen. vorgeschlagenen Gesetzesentwurfs, betreffend den Zeugniszwang. § 1. Auf alle Strafsachen, welche nach den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 vor die ordentlichen Gerichte gehören, finden die Bestimmungen der Strafproceßordnung vom 1. Februar 1877 über die Dauer der zur Erzwingung des Zeugnißes zulässigen Haft (§ 69) Anwendung. § 2. Dieselben Bestimmungen finden auf das Disciplinarverfahren wegen Dienstvergehen der Reichsbeamten, soweit in demselben der Zwang zum Zeugniß zulässig ist, mit der Maßgabe Anwendung, daß die Haft nicht über die Zeit von sechs Wochen hinaus angeordnet werden kann. Wenn jedoch eine vorläufige Verlesung der Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 11 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873) in Frage steht, können die Disciplinaracten und der Disciplinarhof eine längere Haft anordnen, jedoch nicht über die Dauer von 6 Monaten hinaus.

Abg. Marquardsen beantragt heute im Einverständniß mit den übrigen Antragstellern den § 2 der Vorlage zu streichen und nur den § 1 als einzigen Paragraphen des Gesetzes anzunehmen. Seit der ersten Beratung haben Besprechungen zwischen Mitgliedern des Hauses zur Erzielung eines Einverständnisses über den Gesetzesentwurf stattgefunden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der practischste Weg der sein werde, die Regelung dieses Gegenstandes jetzt nur in so weit in die Hand zu nehmen, als es sich darum handelt, dasjenige, was nach dem übereinstimmenden Willen des Bundesrathes und des Reichstages vom 1. October 1879 an Gesetz sein wird, schon jetzt in Geltung zu

setzen, das ganze Gebiet der Disciplinarvorschriften aber, und die Frage, wie weit dieses von der betreffenden Norm berührt wird, bei Seite zu lassen.

Geh. Rath Meyer: Der § 69 der Strafproceßordnung, auf den sich der § 1 dieses Gesetzes bezieht, enthält zwei Bestimmungen. Die eine betrifft die Strafe für verweigerte Zeugnisablegung, die andere die Haft als Mittel zur Erzwingung des nicht abgelegten Zeugnißes. Der § 1 dieses Gesetzes will nun die letztere Bestimmung, die Zwangshaft betreffend, schon jetzt in Geltung setzen, die erstere nicht. Es entsteht nun aber die Frage, ob alle gegenwärtig noch bis zum October 1879 geltenden Particulargesetze auch diese beiden Begriffe der Strafbast und der Zwangshaft hinlänglich und bestimmt unterscheiden, so daß der § 1 dieses Gesetzes auch wirklich seinen Zweck erfüllen kann. Nachdem die Antragsteller nun heute selber den § 2 dieses Entwurfs, den bei der vorigen Beratung der Abg. Becker noch als das Wesentlichste bezeichnete, habe fallen lassen, möchte ich beweisen, daß ein hinreichender Grund vorliegt, den § 1 und damit den ganzen Antrag noch aufrecht zu erhalten.

Abg. v. Gopfer erklärt sich gleichfalls gegen die Vorlage.

Abg. Becker (Dresden): Unsere Gesetzesvorlage soll Anwendung auf alle diejenigen Strafsachen finden, auf welche künftig die neue Strafproceßordnung Anwendung finden wird in Bezug auf alle Vorschriften, die die Dauer der zur Erzwingung eines Zeugnißes zulässigen Haft betreffen. Alle Bestimmungen über Strafbast wegen Verweigerung des Zeugnißes, gewissermaßen ein eigentümliches Vergehen, lassen wir vollständig unberührt; in der Beziehung bleiben alle Particulargesetze in Kraft und an die Stelle der Bestimmungen über die Dauer soll dieses Gesetz treten. Ich glaube nicht, daß daraus Verwirrung irgend einer Art herbeigeführt werden kann. Der Grund, der uns zu dem ganzen Gesetze veranlaßt hat, war, daß in Strafsachen und benennigen Sachen, die nach der Analogie der Strafproceßordnung behandelt werden, das deutsche Recht so verschieden ist, daß man in einem Lande eine Haft kennt, die bis zum Lebensende reichen kann, und in dem andern Lande auch nicht eine Stunde. Da haben wir gesagt, daß ein solcher Uebelstand, daß wir nicht bringen genug wünschen können, daß die durch die neue Gesetzgebung Abhilfe geschaffen wird, diese Abhilfe sofort ins Leben trete. Wir wünschen gewiß auch ihre Ausdehnung auf Disciplinarsachen; auch hier liegt die Sache so, daß nach dem Reichsbeamtengesetz, bei dessen Anwendung ein einzelner vorkommender Fall uns ja Veranlassung gegeben hatte, zur Prüfung dieser ganzen Frage, die größte Verschiedenheit in den einzelnen Strafproceßordnungen besteht. Nun sind wir ohne Zweifel darüber, daß wenn an die Stelle dieser Gesetzgebung ein anderes Gesetz für das ganze Reich die analoge Anwendung finden kann. Wir zweifeln daher nicht daran, daß künftig auch im Disciplinarverfahren gegen Reichsbeamte statt der bisherigen analoge Anwendung der Landesstrafproceßgesetze die Bestimmungen unseres § 1 analoge Anwendung finden können und dürfen. Wir verneinen nicht, daß diese analoge Rechtsanwendung zu Zweifeln führen kann. Es war unser Wunsch, diese Zweifel zu lösen und deshalb schlugen wir den § 2 vor. Aber bei den Bedenken, die die Art unserer Fassung gefunden hat, und bei unserem Wunsch etwas practisch Anwendbares zu schaffen, begnügten wir uns, diese Zweifel bestehen zu lassen, die ja doch auch jetzt bestehen. Es wird eben Sache der verbündeten Regierungen sein, diese Zweifel demnach durch eine Vorlage ihrerseits, die ja auch der Präsident des Reichsjustizamtes in Aussicht gestellt hat, zu beseitigen. (Beifall.)

Abg. Weseler bittet um Ablehnung des Gesetzesentwurfs, weil eine genügende Begründung für die Dringlichkeit desselben nicht beigebracht sei; es handle sich um ein Ausnahmengesetz für Zeitungsredactoren und es entspreche doch nicht der modernen Anschauung, dergleichen Gesetze zu schaffen.

Abg. Lasker: Der Vorwurf, daß es sich um ein Ausnahmengesetz für Zeitungsredactoren handelt, verdient allerdings von allen Vorwürfen die Krone. Wenn wir vorschreiben, was 1879 in Geltung tritt, soll schon jetzt gelten, so soll das ein Ausnahmengesetz sein. Ferner ist das Gesetz für 43 Millionen Deutsche gemacht, die doch nicht alle Zeitungsredactoren sind. (Geheul.) Der Regierungskommissar sprach von den juristisch-technischen Schwierigkeiten dieses Gesetzes. Er sagte, es sei in manchen Particularrechten zweifelhaft, ob jene angeordnete Haft eine Zwangshaft oder eine Strafbast sei. Dem Regierungskommissar verständig kann dieser theoretische Zweifel allerdings aufstoßen, aber niemals dem Richter (Widerpruch rechts.) Denn der Richter muß wissen, ob er es mit einem Vergehen und mit einer darauf folgenden Strafe zu thun hat, oder ob es sich um eine reine Executionshaft handelt. Der erstere Fall wird natürlich von unserem Antrage nicht berührt, sondern nur der zweite, die Zwangshaft. Wenn der Richter über diesen Zweifel nicht aufklären kann, so muß er nach der gewöhnlichen Praxis die mildeste Auffassung gegen den Verfolgten zur Anwendung bringen. Auf § 2 haben wir verzichtet können, weil da, wo im Disciplinarverfahren die Analogie des Strafrechtes herangezogen wird, der Richter sich nicht auf die Analogie des alten aufgehobenen Strafrechtes berufen kann, sondern nur auf die Analogie des bestehenden Strafrechtes. Deshalb wird die Regierung von selbst mit einer Initiative auf dem Gebiete des Disciplinarverfahrens an uns kommen müssen.

§ 1 wird als „einzigster Artikel“ mit großer Majorität angenommen. Dagegen stimmten die deutsche Reichspartei und die Conservativen, § 2 ist zurückgezogen und kommt deshalb nicht mehr zur Abstimmung. Hierauf wird die zweite Beratung des Staats-haushalts-Etats für Elsaß-Lothringen fortgesetzt.

Zu Cap. 4 Tit. 4 der Einnahmen, Branntweinsteuer, beantragen der Abg. Schneegans u. Gen.: Den Reichskanzler zu ersuchen, in einer der nächsten Sessionen dem Reichstag einen Vorschlag zur Abänderung der Branntweinsteuer vorzulegen. — Abg. Grad sucht auf Grund des statistischen Materials nachzuweisen, daß die Zollerhebungskosten in den Reichslanden außerordentlich hohe und das Land drückend sind. Redner befragt sich, daß die berechtigten Wünsche von Elsaß-Lothringen so wenig Berücksichtigung im Reichstage finden. — Abg. Frhr. Schenk v. Stauffen-

berg: Nirgends seien die berechtigten Wünsche der Elsaß-Lothringer mehr berücksichtigt, als gerade hier. Die vom Redner angeführten Ziffern seien wiederholt in der Commission eingehend erörtert worden. Da aber auch aus anderen Bundesstaaten Klagen über eine Prägratation durch Zollerhebungskosten laut geworden seien, so könne diese Materie augenscheinlich nur im allgemeinen Zusammenhang prinzipiell von der Regierung gelöst werden. Diese habe mitgeteilt, daß die einschlägigen nothwendigen Erhebungen im Gange seien und bis zum August d. J. abgeschlossen sein würden, so daß der Bundesrath an die Lösung der Frage werde gehen können. Mehr als geschehen sei, kann nach der Meinung des Redners nicht geschehen, da sich eine solche Angelegenheit nicht über das Knie brechen lasse. — Abg. Schneegans zieht die von ihm beantragte Resolution zurück, weil er in Rücksicht auf die Geschäftslage und die Ermüdung des Hauses nicht neue weitgreifende Debatten anregen will. Das für die östlichen Theile Deutschlands berechnete Gesetz schädige namentlich durch die Art, wie angeführt werde, schwer den elsässer Bauern, der damit nicht zurecht kommen könne. Redner kündigt an, daß er in der nächsten Session einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf dem Hause vorlegen werde.

Zu Cap. 14, Tit. 21 der Ausgaben (für das literarische Bureau 20 000 M.) erklärt Abg. Guerber, daß er gegen die Position stimmen werde, weil es sich hier nur um einen Reptilienfonds zur Subvention von zwei bis drei Blättern, namentlich der „Straßburger Zeitung“ handle. Ueberhaupt sei unter anderen Titeln „Für amtliche Anzeigen“ das reichslandische Budget mit fast 90 000 M. für Reptilienzweck belastet. Das sei ein anomaler Zustand. Wolle die Regierung ihre Ansichten in der Presse vertreten, dann möge sie das mit offenem Bistru thun und ein officielles Regierungsblatt gründen. Redner befragt sich namentlich über die ungleiche Handhabung der Pressegesetze, wodurch die katholische Presse mundtot gemacht werde. Nicht einmal während der Wahl sei hiervon eine Ausnahme gemacht und katholische Priester wegen der Veröffentlichung einer einfachen Flugchrift mit Strafen belegt worden. — Unterstaatssecretär Herzog hebt die Unentbehrlichkeit eines literarischen Bureaus hervor, um die Presse zu überwachen und die Ansichten der Regierung in der Presse zur Geltung zu bringen. Subventionen würden aus dem in Rede stehenden Fonds nicht gezahlt, die darauf bezüglichen Anfechtungen des Vorredners seien also hinfällig. Der Grund über die Behandlung der Presse im Allgemeinen sei nicht neu, aber vollständig unrichtig. Ihm selbst sei nicht ein einziger Fall bekannt, daß die Genehmigung zur Gründung eines katholischen Blattes wegen seines confessionellen Standpunktes verweigert sei. Kenne der Vorredner einen solchen, dann möge er sich im geordneten Instanzengange beschweren, wo gewiß, falls die Beschwerde begründet sei, Remede geschafft würde. — Abg. Schneegans erkennt in der Rede des Abg. Guerber auch einen Angriff gegen die anderen Parteiblätter, welche sich nach der Meinung des Abg. Guerber einer günstigeren Behandlung seitens der Regierung erfreuen sollen. Diesen Angriff müsse er zurückweisen. Die liberale Partei wolle Freiheit und Gleichheit der Presse auch für ihre Gegner. Redner bezweifelt aber, daß die Partei des Abg. Guerber so mundtot gemacht werde, wie sie es darstelle. Redner kann eine katholische Partei als solche nicht anerkennen, weil religiöse Gegensätze nicht auf politisches Gebiet gehören. Allerdings ist die reichslandische Presse nicht so frei wie die der Schweiz oder Nordamerikas, aber sie habe sich in die Pressegesetzgebung des französischen Kaiserreichs eingelebt, wie ein Mann durch lange Gewöhnung in die Falten eines etwas schlecht zugeschnittenen Kleidungsstückes sich hineinlebt. Sie wünsche dieselbe nicht mit der ihr unbelannten deutschen Pressegesetzgebung zu vertauschen. Ein clericales Blatt im Elsaß sei auch den Liberalen erwünscht. Hätten sie ein Organ, wie zur Zeit der Wahlen in die französische Nationalversammlung zu Bordeaux, so würde eine offene Polemik bei dem gesunden Sinn des Volkes jetzt dasselbe Resultat erzielen wie damals, nämlich die Wahl von lauter liberalen Abgeordneten. (Beifall links.) — Abg. Windthorst kann nicht für die Position stimmen. Es verurtheile ihm ein Gefühl der Beschämung, daß unsere reichslandischen Mitbürger nicht dieselben Rechte genießen wie wir selbst, während sie doch durch Bildung und Geschichte ebenso berechtigt wie irgend ein deutscher Volksstamm dazu sind. Sie würden aber unabweisbar wie Heloten behandelt. Factisch würden alle deutschen Blätter katholischer Gesinnung von Elsaß-Lothringen ausgeschlossen. Diese Thatsache sei bezeichnend für den Liberalismus der Regierung und durch keine Wortklaubereien wegzumischen. Der Presswirrwarr würde nicht eher in den Reichslanden beendet werden, als bis ein ordentliches Pressegesetz für jene Provinzen emanirt sei, im Gegensatz zu welchem der Art. 10 nur als Ausnahmengesetz gelten könne. — Abg. v. Buttammer (Frankfurt). Es sind nur 5 oder 6 bestimmte bezeichnete Blätter, die in Elsaß-Lothringen nicht ausgenommen werden dürfen; das ist doch nicht die ganze katholische Presse? Zur Zeit der Wahlen sind katholische Blätter in großer Anzahl ganz ungehindert colportirt worden. Ein eigenes Organ im Lande besitzt die Partei des Vorredners allerdings nicht, aber dieser Mangel wird durch die auswärtigen ultramontanen Blätter vollständig ersetzt. (Widerpruch im Centrum.) Abg. Masunke meldet sich zum Wort. Die „Germania“ des Hrn. Majunko ist allerdings nicht unter den colportirten Blättern gewesen. (Geheul.) Von einem unerhörten Presswirrwarr in den Reichslanden kann man auch nicht sprechen. Die französischen Pressegesetze, die heute im Elsaß noch gelten, sind besonders in den bedeutendsten Bestimmungen abgeändert, nämlich in Bezug auf die zahlreichen politischen und Presseverbrechen, welche jetzt nach dem deutschen Strafrecht abgeurtheilt werden, während sie früher unter das französische Pressegesetz fielen. Es handelt sich bei allen diesen Vorwürfen doch nur um Art. 10 des Gesetzes über die Verwaltung der Reichslande; die Gründe, welche für seine Einführung maßgebend waren, sprechen auch heute noch für seine Aufrechterhaltung, nicht bloß im Interesse der inneren, sondern auch der auswärtigen Politik. Ich kann nur empfehlen, von etwaigen Anträgen wegen Aufhebung des Art. 10 Abstand zu nehmen, da sie von der Regierung doch nicht angenommen, ja kaum eine Majorität im Hause finden werden. (Beifall.) — Die Position wird genehmigt.

Zum Etat der Verwaltung des Innern, Cap. 19

der Ausgaben: (Bezirkspräsidien) beantragen die Abgg. Grad, Jannetz und Winterer: „den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken: 1) daß das Gesetz vom 24. Februar 1872, betreffend die Einsetzung außerordentlicher Commissare zur Verwaltung einzelner Gemeinden, dahin abgeändert werde, daß die außerordentlichen Commissare nur dann aus der Zahl der Staatsbeamten können genommen werden, wenn in der Gemeinde kein geeignetes und bereites Mitglied sich vorfindet, — und daß die Rechte eines Municipalrathes nicht mehr einer einzelnen Person, nämlich dem Bürgermeister oder dem außerordentlichen Commissar, zu stehen können; 2) daß baldmöglichst in der Stadt Straßburg Municipalwahlen vorgenommen werden.“ Außerdem beantragen die Abgg. Bergmann und Gen., den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken: „1) daß in möglichst nächster Zeit ein erwählter Municipalrath in der Stadt Straßburg eingesetzt werde, bezw. Municipalwahlen vorgenommen werden; 2) daß in den Städten Straßburg, Colmar und Metz sobald als möglich aus der Mitte des Municipalrathes hervorgegangene Bürgermeister eingesetzt werden.“ — Abg. Winterer motivirt seinen Antrag damit, daß bereits die drei Bezirkspräsidien Metz, Colmar und Straßburg nicht in ordnungsmäßiger Weise, sondern durch Commissarien verwaltet würden. — Abg. Schneegans: Ich habe nichts gegen die Verwaltung des Bürgermeisterei-Vertragers zu erinnern, von allen Parteien wird dieselbe als gut bezeichnet; aber prinzipiell ist es eine Unmöglichkeit, daß die drei größten Städte unseres Landes ihrer municipalen Freiheit beraubt sind. Dadurch muß sich eine gewisse Unzufriedenheit der Bevölkerung herausbilden. Deshalb ist es nöthig, daß jene Städte möglichst bald ihre municipalen Freiheiten zurück erhalten. — Unterstaatssecretär Herzog: Die Regierung hat sich veranlaßt gesehen, die Municipalräthe wegen offener Opposition gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Februar 1872 aufzulösen, und sie hält den jetzigen Zeitpunkt für nicht geeignet, schon jetzt eine Aenderung eintreten zu lassen. Es sind für die municipale Selbstverwaltung jetzt in Elsaß-Lothringen nicht die geeigneten Personen vorhanden, und wenn wir jetzt das vorgeschlagene Experiment vornehmen würden, so könnte es leicht geschehen, daß ein regierungsfreundlicher Municipalrath gewählt würde. — Abg. Reichensperger (Greifeld) hätte eine entgegenkommendere Erklärung gehofft und nicht eine so kategorische Zurückweisung des Antrages erwartet, welche die Aufhebung des in Rede stehenden Hofgesetzes in weite Ferne verschiebt. — Abg. Diderich richtet an die Regierung die dringende Bitte, in den Reichsländern nicht den Weg zu betreten, den die preussische Regierung zu der Conflictszeit betreten habe, nämlich die communalen Wahlen als politische zu betrachten. Die Stellung des höchsten Beamten eines Municipiums ist gar keine politische; er hat sich nur das Vertrauen der Mitbürger zu erwerben, Abhängigkeit von der Regierung kann ihm nur schädlich sein. — Unterstaatssecretär Herzog: Die Regierung betrachtet den gegenwärtigen Zustand keineswegs als einen normalen und wünscht baldigst aus demselben herauszukommen. Sowie es die Verhältnisse der betreffenden Gemeinden nur irgendwie zulassen, wird die Regierung dafür sorgen, ihnen ihre regelmäßige selbstgewählte Vertretung zurückzugeben. — Der Antrag Grad wird darauf ganz, vom Antrag Bergmann die Nr. 2 abgelehnt, Nr. 1 dieses Antrages dagegen angenommen.

Zum Etat der Verwaltung des öffentlichen Unterrichts Kap. 42 der Ausgaben: „Niederer Unterrichtswesen“ beantragen die Abgg. Winterer und Gen.: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß § 15 des Verwaltungsgesetzes vom 30. December 1871 abgeändert und der atademische Rath mit den Befugnissen, die ihm nach dem Unterrichts-Gesetze vom 15. März 1850 zustehen, wieder hergestellt werde. — Abg. Winterer begründet den Antrag unter Hinweis auf die allgemeinen Klagen des Landes darüber, daß man den Familienvätern und Gemeindevorstellern jeden Einfluß auf die Schulaufsicht genommen habe. Dieser im Antrag erwähnte „atademische Rath“ hatte gewisse Aufsichts- und Disciplinarbefugnisse. Seine Wiederherstellung, die auch vom Landesanschuß lebhaft gewünscht werde, sei das geringste Maß desjenigen, was das Land zu fordern berechtigt sei. — Abg. Schneegans spricht sich gegen die Resolution aus. Er und seine näheren politischen Freunde gingen in ihren Forderungen weiter wie dieser Antrag; sie wünschten ein Unterrichtsgesetz für Elsaß-Lothringen, das auch die Regierung nach Vollendung des preussischen Unterrichtsgesetzes in Aussicht gestellt hätte. Nachdem der Referent sich gleichfalls gegen die Resolution erklärt, wird dieselbe abgelehnt und das Kapitel bewilligt.

Cap. 7 der einmaligen Ausgaben bestimmt für die Universitätsbauten 810 400 M. Abg. Winterer beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen: dahin zu wirken, daß die für den Neubau der Universität Straßburg in Aussicht genommenen Kosten zur Hälfte aus Reichsmitteln gewährt werden.“ Die Commission schlägt dagegen vor: „1) Den Reichskanzler aufzufordern, in Erwägung zu ziehen, ob nicht unter der Voraussetzung, daß die übrigen Kosten für die würdige und ausreichende Herstellung der Universitätsbauten in Elsaß-Lothringen selbst aufgebracht werden, für das Allgemeine Collegienhaus 2 300 000 M. aus Reichsmitteln bereit zu stellen und zu diesem Behufe in den Reichsetat für 1878/79 eine erste Rate von 600 000 M. einzustellen seien. 2) Den Reichskanzler aufzufordern, zur Prüfung und Beurtheilung der Entwürfe der Universitätsbauten hervorragende deutsche Architekten beiziehen zu wollen.“ — Abg. Schen v. Stauffenberg: Nach dem dem Landesanschuß vorgelegten Kostenaufschlage für alle beabsichtigten Universitätsbauten betragen die Kosten derselben 10 500 000 M. Diese Summe ist aber nicht mehr vollständig aufzubringen, sondern schon zum großen Theil gedeckt. Steuert das Reich noch nach dem Antrag der Commission 2 300 000 M. bei, so bleiben aus Landesmitteln noch ca. 2 500 000 M. zu decken. Nur durch eine Hebung der Universität können wir das erreichen, was wir erreichen wollen, nämlich, daß die Beamten der Reichsländer aus denselben selbst hervorgehen. — Abg. Winterer: Die Universität Straßburg sollte nicht eine Landesuniversität sein, sondern, nach der Meinung des Reichstags, hauptsächlich eine Reichsuniversität; sie ist lediglich im Interesse der Reichspolitik gegründet. In Folge dessen hat auch das Reich die Verpflichtung, die Unterhaltung der Universität auf sich zu nehmen. — Abg. v. Treitschke: Die Reichsregierung fordert in diesem Falle gar nichts, es ist die Commission des Reichstags, welche der Ansicht ist, daß jene Summe für die Universität Straßburg absolut nothwendig ist; und ich hoffe auch, daß der Landesanschuß von Elsaß-Lothringen uns nicht entgegengetreten wird, denn die Universität hat sich bisher eine große Beliebtheit erworben. — Nachdem sich noch der Abg. Reichensperger für die Resolution Winterer ausgesprochen, wird dieselbe abgelehnt und die beiden Anträge der Commission angenommen. — Ohne Debatte werden hierauf die übrigen Positionen des Etats sowie das Etatsgesetz für Elsaß-Lothringen genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Freitag, 1. Mai.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ citirt an hervorragender Stelle einen Satz aus unseren Auslassungen über die Freiconservativen in unserer Sonnabend-Abendnummer, und sagt, sie entnehme dieselbe „einer längeren Betrachtung aus bekannter Feder“. Wir geben dem Blatte zunächst die Ver-

sicherung, daß die ganze „Betrachtung“ auf unserem Redaktionsbureau entstanden ist; obige gemeinnützige Andeutung sollte wohl auf etwas Anderes schließen lassen. Dann könnte der aus der Mitte herausgerissene Satz leicht zu Mißdeutungen Anlaß geben. Wenn wir sagten, daß nach unserer Meinung die freiconservative Fraction eine bedeutendere Zukunft haben wird, daß sie die berechnete conservatieve Richtung im Staate vertritt, so erkennen wir ihr diese Berechtigung in unserem Staatsleben um deshalb zu, weil sie rückhaltlos die Grundlagen anerkennt, auf welchen sich das preussische und deutsche Staatsleben in dem letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Das thut keine der anderen jetzigen conservativen Richtungen, auch nicht die Partei der Deutsch-Conservativen, daß Einige der Deutsch-Conservativen es thun mögen, wissen wir wohl; aber eine Partei, die neben einem Moltke auch die Kleist-Regow, Nathusius-Ludom und Marcard in ihren Reihen zählt, kann es nicht thun. Wir glauben nun, daß in dem Maße, wie die Grundlagen des neuen Reiches sich als festgelegte herausstellen werden und wie die Säupter der Altconservativen aussterben, welche noch heute in der Erinnerung an die Reaction der Fünfziger Jahre schweben, daß damit sich allmählig eine größere gemäßigtere Partei der Conservativen bilden wird, die — gleichviel unter welchem Namen — im Großen und Ganzen die Wege der heutigen Freiconservativen wandelt. Schwenkt dann die Majorität in den Parlamenten von der liberalen auf diese Seite oder umgekehrt, so wird sich die Gesetzgebung von dem bis dahin erreichten Punkte aus freilich in anderer Richtung bewegen, es wird aber nicht die ganze Grundlage unseres Staatslebens in Frage gestellt werden, es werden solche Geister, wie sie jetzt z. B. in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ rumoren, noch weit ungeschicklicher sein, als sie es jetzt sind. Das Ueberwuchern schützlicher Tendenzen unter den Freiconservativen halten wir vorläufig für das Haupthinderniß der Verbreitung auf die nordöstlichen Provinzen, und so ist gerade das, was der „N. A. Z.“ an der besprochenen Fraction gefällt, das, was wir bedenklich finden. Darum hat das deutsch-conservative Blatt nur einen Satz aus unserer Auslassung herausgegriffen und sich gehütet, das Weitere zu reproduciren.

In Bezug auf den mit Ende dieser Woche bevorstehenden Schluß der Reichstags-Session geht folgende tendenziöse Notiz durch die Presse: „Der Reichstag eilt offenbar dem Ende zu. Es scheinen bei dieser sichtbaren Beschleunigung für die maßgebenden Führer die unklaren Parteiverhältnisse im Reichstage entscheidend zu sein. Durch die gewerblichen und wirtschaftlichen Fragen ist augenscheinlich eine Lockerung der bisherigen Parteiverhältnisse eingetreten, und diese Lockerung scheint es zu sein, was die Führer veranlaßt, den baldigen Schluß der Session herbeizuführen, vermuthlich, indem sie sich der Hoffnung hingeben, daß bis zur nächsten Session sich wieder bessere Grundlagen zur Befestigung der Parteiverhältnisse finden werden.“ Diese Darstellung kann nur auf einer vollständigen Unkenntniß der im Reichstage thatsächlich bestehenden Verhältnisse beruhen. Speciell ist sie durchaus unzutreffend für die größte Fraction, die national-liberale Partei. Die „N. A. Z.“, das Organ dieser Partei, schreibt darüber: Die gewerblichen und wirtschaftlichen Fragen, welche eine „Lockerung der bisherigen Parteiverhältnisse“ verursacht haben sollen, sind in der diesmaligen Session in Gestalt der Gewerbeordnungs- und der Zolldebatten in die Erscheinung getreten. In der Angelegenheit der Revision der Gewerbeordnung ist die national-liberale Partei vollkommen einig vorgegangen. Was die Zollfragen anlangt, so sind in denselben, so lange der Reichstag existirt, fast alle Parteien gespalten gewesen, und die national-liberale Partei hat eine Abstimmung auf diesem Gebiete niemals zur Fraktionsfrage gemacht. Wie sollten nun gerade diese Fragen jetzt plötzlich eine Wirkung ausüben, an welche früher niemals Jemand gedacht hat? Thatsächlich kann vielmehr constatirt werden, daß die Einigkeit innerhalb der national-liberalen Partei nichts zu wünschen läßt; selbst das alte Lied vom „linken und rechten Flügel“, welches ihre Gegner so lange gesungen, ist, nachdem man sich endlich von der vollständigen Grundlosigkeit desselben überzeugt, neuerdings ganz verstummt. Auch betreffs der andern Fractionen ist übrigens nicht bekannt geworden, daß die wirtschaftlichen Fragen innerhalb derselben eine Zerfegung zur Folge gehabt hätten. Vielleicht hat also die obige Notiz nur die Beziehungen der Parteien unter einander im Auge. Auch hier ist indeß keine „Lockerung der bisherigen Parteiverhältnisse“ eingetreten. Einen Augenblick waren die Verhältnisse allerdings durch die bekannten Vorgänge bei der Constituirung der Gewerbeordnungscommission in Verwirrung gerathen. Der unzweideutige Rücktritt der Freiconservativen aber von der conservativ-ultramontanen Coalition hat die Lage wieder vollkommen geklärt. Das gegenseitige Verhältniß der Parteien in dem neuen Reichstage ist im Allgemeinen das alte geblieben, nur hat sich die Wahlverwandtschaft zwischen der deutsch-conservativen und der Centrumpartei als ganz unbestreitbar herausgestellt.

Daß man im Reichstag allgemein den Schluß der Session herbeiseht, ist freilich nicht zu leugnen. Aber die Erklärung für diese Stimmung liegt wahrlich nahe genug. Der Reichstag wird mit dieser Woche die wirklich dringenden Aufgaben erledigt haben — das Patentgesetz und einige kleinere Vorlagen, auf welche seitens der Regierung Gewicht gelegt wird, sind bequem zum Abschluß zu bringen —; alsdann aber ist die Beendigung der Session nicht allein möglich, sondern sogar nothwendig. Bedenke man doch, daß eine große Anzahl der Mitglieder des Reichstags seit October v. J. in den parlamentarischen Geschäften thätig ist. Es ist doch sicherlich gehoten, daß denselben endlich auch die Zeit sei es zur Wahrnehmung ihrer Privatangelegenheiten, sei es zur Sammlung und zum Studium geboten werde. Seit Jahren bereits ist die Forderung erhoben worden, daß, solle das constitutionelle Leben in Deutschland wirklich gedeihen, die Dauer der parlamentarischen Thätigkeit mehr zusammengebrängt werden müßte. Unter diesem Gesichtspunkte ist es ein durchaus berechtigtes Verlangen, die nothwendigen Geschäfte nicht unnütz zu verschleppen und wegen der nicht nothwendigen

die Session nicht zu verlängern. Dies und nichts Anderes ist der Grund, weshalb der Reichstag „dem Ende zueilt.“

Die Russen haben auf dem asiatischen Kriegsschauplatz den Weg bis zu der schon in früheren Kriegen vielgenannten Festung Kars, wenn man die dortigen Verkehrsverhältnisse berücksichtigt, ziemlich schnell zurückgelegt, und sind bereits zum Angriffe auf den Ort vorgegangen, der den Weg nach Erzerum verlegt. Sie führen einen Belagerungspark mit und werden also bald der Festung ernstlich zu setzen. Ueber die bei Kars begonnenen Gesechte liegt bis jetzt nur ein türkisches Telegramm (s. oben) vor, und dies klingt ziemlich kleinlaut, woraus wir zu schließen geneigt sind, daß die Russen Vortheile errungen haben. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß wir von dem armenischen Kriegsschauplatz zuerst die türkischen und später erst die ergänzenden russischen Nachrichten erhalten, weil diese erst auf dem Marschwege, den die vorschreitende Armee zurückgelegt, per Courier transportirt und dann in Kaufasien dem Telegraphen übergeben werden müssen, der sie über Tiflis und Petersburg der Welt mittheilt. Russische Feld-telegraphen würden leicht von den Kurden unterbrochen werden.

In Rumänien sind die durch die Regenfälle unterbrochenen Bahnlirien bereits von den Russen wiederhergestellt. Die Russen rücken langsam vor, Zusammenstöße haben noch nicht stattgefunden. Die Türken haben eine gegenüber Silistria gelegene Donauinsel besetzt, wahrscheinlich eine jener Inseln, von welchen aus die Russen im Jahre 1854 Silistria beschoßen. Die Russen sollen bis jetzt in Rumänien vortreffliche Mannszucht halten. Dennoch schieben die Wohlhabenderen aus Rumänien nach den österreichischen Städten. Nach der Wiener „Presse“ hätte Rußland von Rumänien die sofortige Entscheidung verlangt, ob Rumänien an der Action theilnehmen wolle oder nicht. Fürst Karl hätte Bukarest am 28. April verlassen.

Nach der „Pol. Corr.“ hat die selbst für die intimsten Vertrauten des Kaisers Alexander unerwartet schnell gekommene Verkündigung des russischen Manifestes eine interessante Vorgeschichte. Dasselbe war fertig, sollte aber erst später vom Kaiser in Moskau vom Kreml aus verkündigt werden. Diese noch am Tage der Abreise des Kaisers festgestellten Dispositionen erfuhren durch die persönlichen Einbrüche bei der Inspicirung der Truppen eine radikale Umgestaltung. Der Kaiser, welcher bereits in Smerika die Truppen in einem sehr kriegerischen Tone angesprochen hatte, steigerte seine Worte in Birsula; die Rede in Tiraspol bedeutete bereits den Krieg und so erübrigte nichts Anderes, als den Truppen in Birsula zu sagen, daß der Krieg erklärt sei. Am 23. früh ging nun auch direct von Tiraspol aus der persönliche Befehl des Kaisers an die Botschafter an den Höfen Europas ab, das Rundschreiben zu präferiren, und an Melidoff die Weisung, die diplomatischen Beziehungen mit der Pforte abzubrechen und Konstantinopel zu verlassen. Gegen 10 Uhr Abends lief in Petersburg die Anzeige von dem Geschehen ein; um 11 Uhr kam der Befehl, das Manifest zu veröffentlichen. Dieser durch unerwartete Eile hervorgerufenen Ueberraschung ist es zuzuschreiben, daß das Manifest nicht dem officiellen „Journal de St. Petersburg“ zur Veröffentlichung gestellt worden ist. Das „Journal“ wurde in Folge dessen noch vor dem Verlassen der Pforte inibirirt und die Ausgabe desselben bis 11 Uhr Vormittags, wo der „Regierungsanzeiger“ erst das Manifest in einem Extrablatt brachte, zurückgehalten. Um dieselbe Stunde brachte ein Extrablatt des „St. Petersburger Herald“ die deutsche Uebersetzung des Manifestes. Diese Mittheilung ist ein neues Zeichen dafür, daß der Czar heute nicht immer mehr bloß schiebt, sondern daß er zuweilen von der Erregung des Volkes geschoben wird. Leider gewinnen dadurch auch immer mehr die panslavistischen Tendenzen die Oberhand, vor denen selbst ein so russenfreundliches Blatt wie die „Kreuztg.“ dieser Tage in ersten Worten warnte.

Deutschland.

△ Berlin, 30. April. Ueber den Gesehtenwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs sind von Commissionen der verschiedenen Parteien des Reichstags Verhandlungen gepflogen worden. Dieselben haben zu einer Reihe von Aenderungsanträgen geführt, welche von den früher besprochenen Aenderungen des Abg. v. Benda nur unwesentlich abweichen. Nur die Fortschrittspartei hat sich von dem Uebereinkommen ausgeschlossen. Fr. v. Benda hat seine Anträge zurückgezogen. Die Frage, ob der wichtige, bisher aber immer gescheiterte Gesehtenentwurf in dieser Session noch zu Stande kommen werde, hängt nunmehr lediglich davon ab, ob die Regierung den gemeinschaftlichen Anträgen der Nationalliberalen, der conservativen Partei und des Centrums zustimmen wird oder nicht. Bis jetzt hat man hierüber in Abgeordnetentreisen keine Gewißheit. — Der Abg. Dr. Loewe hatte während der heutigen Reichstags-Sitzung das Unglück auf den Stufen, welche vom Präsidium zum Sitzungslokal herabführen, auszugleiten und durch einen Fall sich einen Bruch des linken Oberarms zuzuziehen. Der Vorfall machte, wie man sich denken kann, einen tiefen Eindruck im Hause. Man eilte von allen Seiten herbei um dem Verunglückten beizuhelfen; er wurde in das nahe liegende Zimmer des Fürsten Bismarck gebracht, und hier leisteten seine Collegen, die Doctoren Groß, Mendel und Bilenius, die erste ärztliche Hilfe. Die Herren constatirten einen Bruch des linken Oberarm-Kopfes und sandten schleunigst zu dem Geh. Rath Wilms, der sofort den Gypverband anlegte. Nach Vornahme dieser Operation wurde Dr. Loewe in seine Wohnung geleitet. Die Theilnahme für den überfall besonders geschätzte Abg. ist groß und allgemein. — S. M. Schiff „Nympe“ ist am 31. v. M. im Hafen von Kingston auf Jamaica zu Anker gegangen und beabsichtigte, denselben am 6. d. M. wieder zu verlassen, um nach Havanna zu gehen. — S. M. Schiff „Gazelle“ ist telegraphischer Nachricht zufolge am 28. d. nach Smyrna in See gegangen. — Die diesjährige Marine-Eintritts-Prüfung war, wie die „Kiel. Ztg.“ schreibt, wie schon

öfter, wiederum ein Concurrenzexamen. Die Zahl der zur Prüfung Zugelassenen überstieg bei Weitem den Bedarf. Es waren im Ganzen 57 Aspiranten erschienen, von denen 10, welche das Abiturientenexamen bestanden, und in der Mathematik das Prädikat „gut“ erworben hatten, von der Prüfung befreit waren und, da sie für körperlich brauchbar befunden wurden, ohne Weiteres zur Einstellung als Kadet gelangten. Von den noch übrigen 47, welche das Examen wirklich mitmachten, konnten dann nur noch die nach den Examenresultaten ersten dreißig angenommen werden, so daß mehrere Aspiranten, trotzdem sie die Prüfung genügend bestanden hatten, zurückgewiesen werden mußten. Die Angehörigen waren übrigens bei der Anmeldung der betreffenden Aspiranten besonders davon in Kenntniß gesetzt, daß mit dem Bestehen der Prüfung noch keine definitive Aufnahme verbunden sei, sondern daß nur diejenigen wirklich zur Einstellung gelangen könnten, welche in der Prüfung die beste Qualifikation an den Tag gelegt hätten.

Karlsruhe, 29. April. Zur Vorfeier des Jubiläums des Großherzogs brachten die Angehörigen der hiesigen polytechnischen Schule dem Großherzog gestern Abend einen gegen 700 Fackeln zählenden, von 3 Musikcorps begleiteten Fackelzug dar. Der Schloßplatz war bengalisch beleuchtet und von einer Kopf an Kopf gedrängten Menschenmenge angefüllt. Der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, sowie eine große Anzahl fürstlicher Gäste sahen dem Fackelzug vom Schloßbalcon aus zu. — Heute Mittag fand bei gutem Wetter vor dem großherzoglichen Schlosse eine große Parade der Garnisonstruppen von Karlsruhe, Durlach und Ettlingen statt. Der Kaiser, der Kronprinz und der Großherzog, denen die Generalität und viele Officiere folgten, schritten die Front der aufgestellten Truppen ab. Die Kaiserin, die Großherzogin und die übrigen fürstlichen Damen wohnten der Parade zu Wagen bei.

Baden-Baden, 30. April. Der Kaiser ist heute Nachmittag von Karlsruhe hier eingetroffen und von der zahlreich versammelten Volksmenge mit lebhaften Kundgebungen begrüßt worden. Die Stadt ist festlich geslaggt. Die Abreise nach Straßburg ist für morgen Nachmittag 3 Uhr anberaumt.

Stalien.

Rom, 26. April. Die Deputirtenkammer beräth noch immer das neue Forstkulturgesetz, welches vielen Abgeordneten nicht gefällt, weil es sehr viele Interessen verlegt. Mehrere Amendements, welche eingebracht wurden, hat der Ackerbauminister, Majorana Calatabiano, nicht angenommen. Marani beabsichtigt, das Cabinet darüber zu interpelliren, was es Angesichts der clericalen Agitation und in Folge der von dem Cardinal Cullen in Dublin und von dem Bischof von Nevers gegen Italien veröffentlichten Schriften zu thun gedenke. Die Interpellation würde jedenfalls den Haß der Clericalen und Consorten gegen die Minister und deren Anhänger noch heftiger ansprechen. — Gegen die von der Regierung beabsichtigte Convertirung der Parochialgüter werden die Jesuiten den Papst protestiren lassen, weil die Pfarren dadurch vom Staate abhängig gemacht würden. — Der Bilger wegen sind auf Veranlassung des Polizeiministers alle Militär- und Polizei-Wachtposten bedeutend vermindert. In einigen derselben campirt eine ganze Compagnie Soldaten mit scharf geladenen Gewehren. — Die Präfecten fahren fort, die internationalen Vereine aufzulösen, u. A. sind die von Ancona, Jesi, Osimo, Fabriano, Fajoferrato, Camerata, Potenza, Piceno, Loreto und Monsannato politisch geschlossen worden. Der Präfect von Palermo hat den dortigen internationalen Schriftseherverein ebenfalls unterdrückt und 5 Mitglieder desselben verhaften lassen.

Rom, 29. April. Auf die Denkschrift der preussischen Bischöfe wegen der neuen zahlreichen Prozesse, die in Preußen gegen die kirchenpolitischen Gesehten widerstrebende Geistlichkeit geführt worden seien, hat der Vatican erwidert, er müsse den Bischöfen anheimstellen, jene Mittelstraße einzuschlagen, welche sie im Interesse der Kirche für angemessen hielten, jedoch ohne Verletzung heiliger Prinzipien. — Die Beziehungen der Curie zu der österreichischen Regierung sind seit der Zeit, wo der Pontifex sich geweigert die von letzterer vorgeschlagenen Prälaten zu Cardinälen zu ernennen, sehr gespannt geblieben. Um sie wieder freundlicher zu gestalten, hat Pius IX. vor Kurzem einen eigenhändigen Brief an den Kaiser Franz Joseph geschrieben, worauf der Kaiser nicht durch seinen ordentlichen Gesandten, sondern durch dessen Bruder, den Obersten Grafen Paar, dem Papste seine Antwort hat beizubringen lassen. Man will daraus folgern, daß auch Oesterreichs Kaiser mit der dermaligen Politik der Curie nichts weniger als zufrieden sei und darum seine Minister angewiesen habe, den Mitgliedern des Ministeriums Depretis die Zufriedenheit der k. k. Regierung mit ihrer Politik zu erkennen zu geben. — In einem Eisenbahnzuge explodirte bei Nola in Unteritalien eine Kiste mit Zündstoffen. Der Wagen wurde aus einander gerissen; der Zugführer und ein Schaffner verloren dabei das Leben.

Rußland.

Petersburg, 30. April. Obschon die Pforte den ferneren Aufenthalt russischer Unterthanen in der Türkei nicht gestatten will, hat das russische Gouvernement anstandslos das Verbleiben türkischer Unterthanen in Rußland gestattet und die Vertreibung derselben durch England anerkannt. — Der gestrige Geburtstag des Kaisers Alexander ist unter allgemeiner Theilnehmung der Bevölkerung festlich begangen worden. — Die Municipalität von Petersburg hat 1 1/2 Millionen Rubel für die Vermundeten votirt. (W. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 28. April. Das Kriegsministerium hat mehrere Officiere nach Arabien geschickt, um unter der dortigen Bevölkerung Freiwilligen für die Armee in Arien zu bilden. Die Stadt Meffa hat der Regierung für den Fall eines Krieges drei Bataillone Freiwillige zugesagt, die sie auf eigene Kosten erhalten will.

Rumänien.

Bukarest, 30. April. Der Senat hat die unter dem 16. d. mit Rußland abgeschlossene Convention mit 41 gegen 10 Stimmen angenommen. Cagalniceanu erklärte, Rumänien werde die Türken

Die auf der Leipziger Messe persönlich gekauften
Neuheiten

in Frühjahrs- und Sommerstoffen zu Ueberziehern und Anzügen sind in größter Auswahl eingetroffen.

Bestellungen werden durch meinen Werkführer nach Maß schnell und prompt in gut sitzenden Façons zu sehr billigen Preisen ausgeführt. **A. Fürstenberg Wwe., Langgasse 19.**

Gestern Nachmittag wurde meine liebe Frau Olga, geb. Wadewitz, von einem ununteren Mädchen glücklich entbunden. So nachdorf, den 30. April 1877. **Ab. Tornier.**

Statt besonderer Anzeige. Heute wurde uns ein Knabe geboren. Osterode Str., 30. April 1877. **Dr. Wüst und Frau.**

Am 29. d. Mts., 10 Uhr Abends, traf uns das harte Schicksal unsere gute Mutter und Großmutter, **Amalie, geb. Schroeder,** im 72. und am 30. d. M., Morgens 4 Uhr, unsern lieben guten Vater, den Hofbesitzer **Carl Krest,**

im 54. Lebensjahre, durch den Tod zu verlieren. Sie starben nach einem kurzen Krankenlager, mit Gott versöhnt, sanft und voll festen Vertrauens auf Gott und ein künftiges Wiedersehen. Bierwoschin, d. 30. April 1877. **Die Hinterbliebenen.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Mai, Nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nachruf an **Ottile W.**

Schlaf sanft Du lieber kleiner Engel, Gott rief Dich heim zur süßen Ruh, Entlassen aller Erdenmängel, Gehst Du der bessern Heimath zu! Du warst so sanft, so traut, so gut, Drum nahm Dich Gott in seine Hut! Die Deinen die Dich gekannt und innig geliebt.

Musikalien- u. Bücher- Leih-Anstalt zu günstigen Bedingungen. **Hermann Lau,** Langgasse No. 74. (5375)

Marinirten Lachs, à Portion 6 Sgr., in und außer dem Hause, empfiehlt **Dahmer's Restaurant, Burgstr. 21.**

Fetten Räucherlachs, heute frisch aus dem Rauch bekommen, empfiehlt

C. W. Bonk, Tobiasgasse No. 14.

Echten indischen Brodzucker empfiehlt billigst

J. G. Amort, Langgasse 4.

Thorner Pfefferkuchen von

Gustav Weese, Englische Biscuits von

Huntley & Palmers in London, **Feinste Caracas-Vanillen- und Dessert-Chocoladen** von

Ph. Suohard in Neuchâtel, **F. Stollwerk** in Köln, **Moser** in Stuttgart, **Hildebrandt** in Berlin und **Jordan & Timaeus** in Dresden, empfiehlt

J. G. Amort, Langgasse No. 4. (5376)

Frischen **amerik. Pferdezahl-Mais** offerirt

F. W. Lehmann, Milchkanngasse 18.

Sonnenschirme empfiehlt in größter Auswahl **A. Cohn Wwe.,** Aeltere Muster bedeutend billiger.

Gutskäufer erhalten Nachweis über verkauften Güter jeder Größe durch

Th. Kleemann, Brobbänkengasse No. 33.

Neben unserm bereits in Danzig bestehenden General-Agenturen haben wir mit dem heutigen Tage dem Herrn **Ernst Gehrke** daselbst gleichfalls eine solche übertragen. **Stettin, den 30. April 1877.**

Deutsche Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft für See-, Fluß- und Land-Transport. Der Director: **Carl Wedell.**

Bezugnehmend auf obige Annonce empfehle ich mich zum Abschluss von See-, Fluß-, Land- und Eisenbahn-Transport-Versicherungen zu billigen, liberalsten Bedingungen und erkläre mich bereit, jede gewünschte Auskunft darüber zu ertheilen. **Danzig, den 30. April 1877.**

Ernst Gehrke, Comtoir: **Sundegasse No. 90.** (5329)

Holz-Auction auf dem Holm vis-à-vis Leg' an (Gasthaus „Rehr ein“). Montag, den 7. Mai 1877, Vormittags 10 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage und für Rechnung wen es angeht:

1620 Stück eichene Bradschwellen an den Meistbietenden öffentlich versteigern.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator, Bureau: **Sundegasse No. 111.** (5406)

Geschäfts-Eröffnung. Mit dem heutigen Tage eröffne ich in Oliva am Karlsberg ein

Restaurant und Caféhaus ersten Ranges und soll es mein Bemühen sein, durch zuvorkommende Bedienung sowie Verabreichung von nur guten Speisen und Getränken mir das Wohlwollen des geehrten Publikums zu erwerben. **Hochachtungsvoll August Wegner.**

August Wegner.

Frühjahrs- und Sommerstoffe

in den brillantesten Mustern, garantiert farbonecht, verkaufen in einzelnen Metern **20% billiger** wie in jedem Detail-Geschäft **Breitgasse No. 56. Riess & Reimann, Breitgasse No. 56.** (5373)

Landwirthschaftliches.

Guano-Niederlage und Danziger Superphosphat-Fabrik. Actien-Gesellschaft.

Fabrik: **Sasse b. Danzig. Comtoir: Danzig, Sundeg. No. 57.**

Zur Frühjahrsbestellung empfehlen wir unsere **Specialdünger**

für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Kartoffeln, Rüben, Klee, Mais, Wiesengräser etc.

zu den in unserem Preiscurante verzeichneten Preisen. Die Fabrik steht unter Controle der agricultur-chemischen Versuchstationen Danzig und Posen, von denen Nach-Analysen der von uns bezogenen Düngemittel kostenfrei ausgeführt werden.

Gutachten des Dominium Stargardt bei **Regenwalde** in Pommern, vom 4. December 1876.

Vor ca. 3 Jahren bezog ich von der Danziger Superphosphat-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Specialdünger, deren erprobte Wirksamkeit mich zu erneuerten Bestellungen veranlaßte, besonders bewähren sich dieselben bei

Rüben, Kartoffeln und Rübren, sobald ich nach meiner Ueberzeugung die Düngemittel als zuverlässig bestens empfehlen kann. **Graf Boroko.** (5382)

Offerte für Wollsäcke von **R. Deutschendorf & Co. Sack-Fabrik, Danzig,** Milchkanngasse 12.

1. Wollsäcke, extra schwer, Körper-Waare 9, 10-11 Pfd. à 3,20-3,75.
2. do. Tarpawling extra Qualität 7-8 1/2 Pfd. à 3,10-3,50.
3. do. gewöhnliche Sackleinwand 10-11 Pfd. à 3,25-3,50.
4. do. feinste Hestians guter Qualität 4 1/2-5 Pfd. à 1,80-2,30.
5. do. für Schmutz-Wolle von 1,20 an.

Besonders machen wir auf die schweren **Körper-Säcke** aufmerksam, da diese an Reinheit und gutem Aussehen allen anderen schweren Säcken vorzuziehen sind.

Drillig-Säcke für Getreide und Mehl zu sehr billigen Preisen. Mehlversandt-Säcke und Säcke aller Art zu jedem Preise.

Signaturen gratis. Proben in allen Sorten senden wir auf Wunsch zur Ansicht. **Lieferung prompt und reell.** (5346)

In meinem Tuch-, Manufactur- und Modewaaren-Geschäft ist eine **Lehrlings-Stelle** offen. Bedingung: 3jähr. Lehrzeit bei freier Station im Hause. Bewerber wollen selbstgeschriebene Offerten richten an **S. L. Gronau,** Colberg. (5371)

Zur Saat. Rothklee (seidefrei), Weißklee, schwed. Klee c. offerirt **Albert Fuhrmann.** **Engl. Dachschiefer,** Prima-Qualität, offerirt **Albert Fuhrmann.** (5109)

Auction

Große Wollwebergasse No. 21.

Donnerstag, den 3. Mai, und die folgenden Tage von 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage des Verwalters das Lager aus der **Carl Marthen'schen Concursmasse,** bestehend aus

ca. 150 Teppichen und Bettvorleger in verschieden. Größen und ca. 1000 Meter Läufer in Wolle, Cocos und Wachs, sowie Wachsstockdecken, ca. 500 diverse Rouleaux u. eine sehr große Partie Tapeten und Borden (von den einfachsten bis zu den feinsten Gold-)

öffentlich meistbietend versteigern, wozu einlade. Den Zahlungstermin werde bei der Auction anzeigen. Wiederverkäufer, Bauherren, sowie Besitzer mache auf diesen Termin besonders aufmerksam.

A. Collet, Auctionator.

Geschäfts-Anzeige.

Einem hochgeehrten Publikum der Stadt und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich meine **Van- und Möbel-Tischlerei** von Berlin nach **Danzig, Langgarten No. 44/45,**

verlegt habe. Durch mehrjährige Thätigkeit in Berlin, hoffe ich alle Aufträge eines geehrten Publikums zur Zufriedenheit ausführen zu können und indem ich reelle Bedienung und solide Preise verspreche, bitte ich mich mit baldigen Aufträgen beehren zu wollen. **Mit Hochachtung,**

A. G. Gensoh, Tischlermeister. (5383)

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir unsere Vertretung für Danzig Herrn **Emil Berenz** daselbst, Schäferei No. 19, übertragen und unser dortiges Comtoir aufgelöst haben.

Neustadt (Westpr.), den 1. Mai 1877.

Preussische Portland-Cement-Fabrik Bohlshau. Die Direction: **Lorwein, F. Geiger.**

Neue Firmen - Porzellan-Buchstaben

50% billiger, eleganter und viel dauerhafter als Blech- und Glasbuchstaben, liefern wir in kürzester Zeit ab Fabrik zu Fabrikpreisen. Muster davon halten wir zur gefälligen Ansicht vorrätzig. **Oertell & Hundius,** 72 Langgasse 72.

Oliva, Köllner Straße No. 15, vis-à-vis dem Königl. Garten, sind verschiedene Wohnungen, auch parterre gelegen, zu vermieten. (5388)

Jopengasse 35, ist eine Wohn-Gelegenheit, besteh. aus 5 Zimmern nebst Zubehör, zu Octbr. zu vermiet. Näh. Jopengasse 34.

Armen-Unterstützungs-Verein.

Mittwoch, den 2. d., finden die Bezirks-Sitzungen statt. **Der Vorstand.**

Haase's Concert-Halle, 42. Breitgasse 42.

Morgen Mittwoch und folgende Abende: **Große musikalisch-theatralische Gesangs-Soiree** der **Norddeutschen Complett-Sänger-Gesellschaft „Baltig“** aus Straßburg.

Frl. Ella, Chansonette-Sängerin, Betty, Complett-Sängerin, Nina, Costüm-Soubrette, Patti, Liebes-Sängerin, Frau Director Scheel, tragische Sängerin.

Anfang 7 1/2 Uhr. Gemüthliche Abende versprechend, zeichnen hochachtungsvoll **Director Scheel, S. Haase.**

Wilhelm-Theater.

Mittwoch: **Damen-Abend.** 2. Gastspiel des Langtonmiers Herrn **Lindau.** - Gastspiel des Balletmeisters Herrn **Gundlach** und der Solotänzerinnen **Frl. Chrapal und Krause.**

Ein Schirm ist bei mir stehen geblieben. **N. T. Angerer.**

Medlenburger Pferde-Lotterie Ziehung am 17. Mai cr., Loose à 3 M. bei **Hermann Lau,** Langgasse 74.

Stettiner Pferde-Lotterie, Ziehung den 7. Mai cr., Loose à 3 M. **Königsberger Pferde-Lotterie,** Ziehung d. 30. Mai cr., Loose à 3 M. bei (5380) **Th. Bortling,** Bergstr. 2.

Einem hohen **türkische Pflaumen,** vorzüglich süße schöne Frucht, verkaufe zu billigem Preise.

Magdeburger Sauerkohl empfehle. **Albert Meck,** Heiligegeistgasse 29.

Verantwortlicher Redacteur **S. Rödner,** Druck und Verlag von **A. W. Pfemmer** Danzig. Hierzu eine Beilage.